

(Präsident Denzer)

**(A)** Gesetz zur Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1988  
(Nachtragshaushaltsgesetz 1988)

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 10/3240  
erste Lesung

Der Gesetzentwurf wird durch Herrn Finanzminister Schleußer eingebracht; ich erteile Ihnen das Wort, Herr Minister.

Schleußer, Finanzminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Namens der Landesregierung lege ich dem Parlament den Entwurf eines Nachtragshaushaltsgesetzes 1988 vor. Mit diesem Nachtrag werden im Schwerpunkt die notwendigen Hilfen für die Montanregion unseres Landes finanziell abgesichert. Obwohl das Volumen des geltenden Haushaltsplans für 1988 durch diesen Nachtrag nur um rund 56 Millionen DM, also lediglich um etwa ein Tausendstel, ausgeweitet wird, geht sein tatsächlicher finanzpolitischer Regelungsgehalt weit darüber hinaus.

In seinem Zentrum wird mit der Umfinanzierung der Zukunftsinitiative Montanregionen die Zusage eingelöst. Im Haushaltsplan 1988 steht das für die Montanregionen vorgesehene Förderungsvolumen voll finanziert zur Verfügung.

**(B)** Diese Umfinanzierung, also der Austausch einer im ursprünglichen Haushaltsplan 1988 eingestellten Einnahmeforderung von 333 Millionen DM gegenüber dem Bund durch eine aus Eigenmitteln zu finanzierende Erhöhung der Nettokreditermächtigung, ist zwangsläufige Konsequenz der Absage des Bundes, im Jahre 1988 Barmittel für die Montanregionen zur Verfügung zu stellen. Dabei bezieht sich die Absage des Bundes für 1988 sowohl auf die Beteiligung mit Barmitteln an der Gemeinschaftsaufgabe "Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur" nach Art. 91 a GG wie auch auf die Gewährung von Finanzhilfen nach Art. 104 a GG. Gleichzeitig müssen im Nachtragshaushalt als Ergebnis der Steuereinnahmementwicklung im letzten Quartal 1987 noch für 1988 die erwarteten Einnahmen an Bundesergänzungszuweisungen um insgesamt 62,4 Millionen DM korrigiert werden.

Beide Korrekturen, die sich auf der Einnahmenseite des Haushalts abspielen, machen eine Erhöhung der für 1988 vorgesehenen Nettokreditaufnahme um rund 400 Millionen DM erforderlich.

Nun bezeichneten Vertreter der Opposition diese Umschichtung in der letzten Woche

**(C)** anlässlich der Vorstellung des Nachtrags als einen Roßtäuschertrick, der zu nichts anderem diene, als die im Haushaltsplan 1988 von vornherein enthaltenen Deckungslücken haushaltswirtschaftlich aufzufangen.

Meine Damen und Herren, ich stelle dazu fest: Weder kann von einer Deckungslücke noch von einer angreifbaren haushaltswirtschaftlichen Operation gesprochen werden. Richtig ist vielmehr, daß die Landesregierung bei der Aufstellung des Haushaltsplans zu Recht und in vollem Umfang von einer Zweidrittelbeteiligung des Bundes an der Zukunftsinitiative Montanregionen ausgehen mußte. Die Landesregierung hätte ohne eine Aufnahme in den Haushalt 1988 den Auftrag des Parlaments nicht erfüllt, der in der gemeinsamen Entschließung aller drei Fraktionen vom 25. März 1987 zum Ausdruck gekommen ist. Mit dieser Entschließung hat der Landtag die Bundesregierung aufgefordert, ihre gesamtwirtschaftliche Verantwortung gegenüber den Montanregionen wahrzunehmen.

Meine Damen und Herren, auf der Grundlage dieser gemeinsamen Entschließung des Landtags hat die Landesregierung schon frühzeitig ihre Zukunftsinitiative Montanregionen entwickelt und ihre Erwartungen an den Bund hinsichtlich der Mitfinanzierung des vom Landtag geforderten Zukunftsprogramms formuliert. Sichtbaren Ausdruck fand dieser Wille dann in der Einbringung eines Gesetzentwurfs in den Bundesrat am 6. November 1987, in dem von der Bundesregierung Finanzhilfen nach Art. 104 a GG mit einem Beteiligungsanteil von zwei Dritteln durch den Bund gefordert wurden. Dieser Gesetzentwurf hat entgegen allen anderslautenden Meldungen bis heute Bestand. Er befindet sich zur Zeit in den Beratungen der zuständigen Ausschüsse des Bundesrats.

**(D)** Es sind keine formellen Gründe, die die Landesregierung auf ordentlicher Beratung und Beschlußfassung bestehen lassen. Wir sind vielmehr fest davon überzeugt, daß die Bundesregierung im Interesse der grundsätzlich gebotenen Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse Stahlarbeiter und Bergleute nicht anders behandeln darf als Werftarbeiter. Wir sind zutiefst davon überzeugt, daß die Bundesregierung Nordrhein-Westfalen nicht anders behandeln darf, als die Küstenländer behandelt werden.

(Zustimmung bei der SPD)

Im Ergebnis ist also die Veranschlagung einer Einnahme in Höhe von 330 Millionen DM als Zweidrittelbeteiligung des Bundes an der

(Minister Schleußer)

- (A) Zukunftsinitiative Montanregion im Haushaltsplan 1988 haushaltswirtschaftlich zu Recht erfolgt. Sie entspricht auch dem Grundsatz der Haushaltswahrheit und -klarheit,

(Lachen der Frau Abg. Thoben (CDU))

der nichts anderes fordert, als daß die in einer Haushaltsperiode voraussichtlich eingehenden und erwarteten Einnahmen mit größtmöglicher Genauigkeit zu errechnen und in den Haushaltsplan einzustellen sind, Frau Thoben. Das entsprach der Situation im Dezember 1987, als hier im Landtag der Haushaltsplan 1988 verabschiedet wurde.

Im Interesse der Begleitung des Strukturwandels bei Kohle und Stahl sowie der Neuorientierung der Montanregionen gab es für die Landesregierung nach der Absage der Bundesregierung, sich am ZIM zu beteiligen und für 1988 Barmittel für die vereinbarte Aufstockung der Gemeinschaftsaufgabemittel auszuweisen, keine Alternative zur Übernahme bzw. Vorfinanzierung der ausfallenden Bundesmittel.

Unter dem Strich wird damit das Land für Hilfen an die Montanregionen im Jahre 1988 rund 487 Millionen DM, also neun Zehntel der zugesagten 520 Millionen DM, erbringen. In die Kassen des Landes fließen dagegen für diesen Zweck nur 33,3 Millionen DM aus Brüssel - als Teil des sogenannten Resider-Programms.

(B)

Das Land handelt! Die Finanzierung der Hilfen für die Montanregionen - fast ausschließlich aus Landesmitteln - macht es unumgänglich, die Nettokreditermächtigung für 1988 zu erhöhen. Eine finanzielle Kraftanstrengung dieser Dimension kann nicht durch Einsparung an anderer Stelle finanziert werden. Damit ist aber politisch auch gleichzeitig sichergestellt, daß diese Hilfen nicht zu Lasten anderer Regionen unseres Landes gehen.

Als Konsequenz steigt die vorgesehene Nettokreditaufnahme 1988 von 5,6 auf ungefähr 6 Milliarden DM, also um rund 6 %. Zum Vergleich sei auf den Bund verwiesen, der im gleichen Zeitraum seine Nettokreditermächtigung um rund 40 % auf circa 40 Milliarden DM erhöht. Aber auch dem Vergleich zu anderen Bundesländern hält Nordrhein-Westfalen durchaus stand. So hat Bayern seine Nettokreditermächtigung um etwa 60 % erhöht. Nach unseren Informationen wird Baden-Württemberg seine für 1988 vorgesehene Neuverschuldung im Rahmen eines Nachtrags fast verdoppeln. Wir wissen aus Hessen, daß ähnliches beabsichtigt ist.

Meine Damen und Herren, nachdem ich die Eckdaten des Nachtrags am 15. Mai der Presse vorgestellt hatte, war zu lesen, das Land erhöhe seine Schulden trotz "sprudelnder Steuerquellen". Es war die Rede davon, daß die Steuereinnahmen um 640 Millionen DM über dem Plan lägen. Das ist falsch! Die Steuereinnahmen des Landes liegen im Plan. Es ist damit keine Korrektur der Steuereinnahmen nach oben, allerdings auch keine nach unten erforderlich. Bestätigt wird dies, Herr Kollege Weiss, durch die regionalisierte Steuerschätzung.

(C)

(Zuruf des Abg. Schauerte (CDU))

Im Interesse unseres Landes sehe ich zu dieser Maßnahme, Herr Kollege Schauerte, keine Alternative. Auch die Vorschläge der CDU helfen hier beim besten Willen nicht weiter.

Ich kann mich erinnern, daß Sie gemeint haben, ein fünfprozentiger Stellenabbau in der Ministerialbürokratie sei die Lösung. Angenommen, er wäre sofort wirksam, wäre auf diese Weise nur ein Bruchteil der Mittel zu erbringen, die für den Landesanteil an der Zukunftsinitiative erforderlich sind. Wir kennen die engen Grenzen des Beamten- und Haushaltsrechts und wissen, daß eine sofortige haushaltswirtschaftliche Wirksamkeit einer solchen Maßnahme blanke Illusion ist.

Auch das Landeswohnungsbauvermögen, dessen Verkehrswert bekanntlich hinter seinem Nominalwert zurückbleibt, kann nur einmal - ein einziges Mal - verausgabt und nicht gleichzeitig zur Förderung des Wohnungsbaues - wie es Herr Kollege Doppmeier wiederholt gefordert hat - und für die Montanregionen - wie Sie, Herr Kollege Schauerte, es für notwendig halten - eingesetzt werden.

(D)

Kein tauglicher Versuch ist auch die Ver Silberung der Landesbeteiligung an der WestLB. Als Staatsbank kommt ihr nämlich bei der Begleitung des Strukturwandels eine äußerst wichtige Funktion zu, so daß eine Aufgabe der Beteiligung oder nur eine Rückführung der Beteiligung im Hinblick auf die gewollte Begleitung und Steuerung des Strukturwandels geradezu kontraproduktiv wäre.

Die Entscheidung, strukturpolitisch notwendige Impulse über eine Ausweitung des Kreditrahmens zu finanzieren, war und ist keine Abkehr von unserer bisherigen Konsolidierungspolitik. Die Konsolidierung, so notwendig und unverzichtbar sie auch war und ist, haben wir nie um ihrer selbst willen

(Minister Schleußer)

- (A) betrieben. Für uns stand immer ihre Bedeutung zur Wiedergewinnung und Sicherung finanzpolitischer Handlungsspielräume im Vordergrund, weil sie uns die finanzpolitischen Rahmenbedingungen gibt, die eine finanzielle Begleitung des Strukturwandels und der Modernisierung der Industriegesellschaft gestatten.

In der Konsequenz dieser Position wird der Entwurf des Nachtragshaushalts vorgelegt, dessen Zeitdaten bestimmt wurden durch die Montankonferenz am 24. Februar 1988, die Sitzung des Planungsausschusses für die Gemeinschaftsaufgabe "Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur" am 14. April, die Steuerschätzung und deren Regionalisierung vom 8. bis 10. Mai und am 13. Mai sowie die Ministerpräsidentenkonferenz am 19. Mai dieses Jahres.

Über die Entscheidungen zur Umsetzung der Ergebnisse der Montankonferenz beim Bundeskanzler hinaus, die im Zentrum dieses Nachtragshaushalts stehen, sind aber noch einige weitere Ansatzveränderungen notwendig.

Aufgrund der "Frankfurter Vereinbarung" werden für Sozialpläne in der Stahlindustrie Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 120 Millionen DM ausgebracht. Hiermit wird das Land Nordrhein-Westfalen den Löwenanteil der nach der "Frankfurter Vereinbarung" auf die Länder entfallenden Kosten von insgesamt 150 Millionen DM tragen.

- (B) Ebenfalls zunächst durch eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 20 Millionen DM wird der Landesanteil an der 60-Millionen-DM-Kapitalerhöhung der Duisburg-Ruhrorter-Häfen AG gesichert und damit die wirtschaftliche Voraussetzung für das Projekt "Freihafen Duisburg" geschaffen.

Aufgrund des anhaltend hohen Zustroms von Aussiedlern wird es notwendig, mit 4,9 Millionen DM zusätzliche Unterbringungsplätze im Durchgangwohnheim Unna-Massen zu schaffen.

Eine schwere finanzielle Belastung erwächst den Städten und Gemeinden aus dem starken Zustrom von Aussiedlern. Das Land wird hier direkt mit 21 Millionen DM für Bau und Unterhaltung von Übergangsheimen Hilfe leisten.

Eine völlig neue finanzielle Verantwortung übernimmt die Landesregierung mit diesem Nachtrag im Bereich der Agrarpolitik. Hier dokumentiert sich die Sorge der Landesregierung um eine gleichgewichtige Förderung aller Teile unseres Landes.

- (C) Die agrarpolitischen Beschlüsse der EG verpflichten die Mitgliedstaaten, die Stilllegung besonderer landwirtschaftlicher Flächen zu fördern. Trotz erheblicher verfassungsrechtlicher Bedenken haben sich die Länder auf der Ministerpräsidentenkonferenz am 19. Mai dazu bereit erklärt, das sogenannte Flächenstilllegungsprogramm zu 30 % mitzufinanzieren.

Stilllegungsprämien an Landwirte werden für einen Fünfjahreszeitraum im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel gewährt. Für Nordrhein-Westfalen wird mit einer jährlichen Gesamtleistung von circa 63 Millionen DM Bundes- und Landesmittel gerechnet. Um bereits 1988 Beihilfen zusagen zu können, sieht der Nachtragshaushalt eine Verpflichtungsermächtigung über fünf Jahre in Höhe von 315 Millionen DM vor.

In diesem Zusammenhang ist bereits jetzt darauf hinzuweisen, daß sich im Agrarbereich für die ab 1989 entfallende zweiprozentige Vorsteuerpauschale eine weitere Belastung des Landes abzeichnet.

Zur Diskussion stehen produktionsunabhängige Einkommenshilfen, bei denen eine Mitfinanzierung in Höhe ihres 35%igen Anteils an der wegfallenden Vorsteuerpauschale durch die Länder als politisch unabweisbar angesehen wird.

Mit diesem Nachtragshaushalt unterstützen wir noch ein wenig intensiver wissenschaftspolitische Schwerpunkte: Für die Beschaffung von Großgeräten im universitären Bereich stellen wir zusätzlich 30 Millionen DM zur Verfügung. Weitere 30 Millionen DM stehen für die Beschaffung von Geräten unterhalb der sogenannten Großgeräte-Grenze bereit. Hier zeigt sich wiederum, daß die Landesregierung jede Möglichkeit zur besonderen Förderung der Wissenschaft nutzt. Wir wissen um deren Bedeutung und Erfolge für die ökologische und ökonomische Umstrukturierung unseres Landes.

Entsprechend der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten vom 10. Juni 1985 werden für das Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen mit dem Kulturwissenschaftlichen Institut und dem Institut Arbeit und Technik zusätzliche Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 15 Millionen DM aufgenommen.

1988 schaffen wir ein Bodenschutz-Zentrum, in dem wichtige Forschungsvorhaben und Projekte zur Vorbeugung und Beseitigung von Bodenbelastungen koordiniert werden sollen. Zugleich soll das Bodenschutz-Zentrum Anlaufstelle bei der internationalen Koordination des Bodenschutzes sein.

(D)

(Minister Schleußer)

- (A) Zusammenfassend möchte ich deshalb feststellen: Mit dem Nachtragshaushalt zieht die Landesregierung rasch und umfassend die Konsequenzen aus der Montankonferenz vom 24. Februar 1988. Eine frühere Vorlage war wegen der genannten Zeitdaten nicht möglich. Mit den im Nachtragshaushalt getroffenen haushaltswirtschaftlichen Entscheidungen geht das Land bis hart an die Grenze seiner finanziellen Leistungsfähigkeit. Wir werden dies auch in Zukunft für die ökonomische und ökologische Erneuerung unseres Landes tun müssen.

Lassen Sie mich abschließend den Dank der Landesregierung gegenüber dem Hohen Haus aussprechen, daß es möglich ist, den Nachtrag nicht nur vor der Sommerpause einzubringen, sondern auch zu verabschieden. Sitzungshäufigkeit und Sitzungsdauer werden als Folge besondere Anforderungen stellen. Sie auf sich genommen zu haben, verdient Dank und Anerkennung. Ich sage abschließend: Es lohnt sich aber auch für die Menschen, die besonders von der Strukturkrise betroffen sind.

(Beifall bei der SPD)

Frau Vizepräsident Friebe: Ich danke Ihnen, Herr Minister, für die Einbringung.

Ich eröffne die Beratung und erteile Herrn Abg. Schäuerte für die Fraktion der CDU das Wort.

- (B) Schauerte (CDU): Herr Finanzminister Schleußer, Ihre 100 Tage sind noch nicht um. Deswegen will ich mich heute mit Zahlen befassen und nicht mit Ihnen. Die CDU-Landtagsfraktion hat die Ruhrgebietskonferenz beim Bundeskanzler Helmut Kohl mit Nachdruck gewollt. Sie hat mit dem Landesvorsitzenden Norbert Blüm erheblichen Anteil an ihrer erfolgreichen Umsetzung und Durchführung.

(Widerspruch bei der SPD)

- Entschuldigen Sie einmal, Herr Rau selbst hat die Konferenz ausdrücklich gelobt; da wollen Sie doch jetzt nicht zurückstehen! -

Diese Konferenz und ihre Ergebnisse, die von allen politischen Kräften des Landes ohne Einschränkung positiv bewertet wurde, muß nicht nur rasch in konkrete Politik umgesetzt werden; sie darf auch nicht zerredet werden. Die CDU-Fraktion hat darum am 29. März - also vier Wochen nach der Ruhrgebietskonferenz - einen Antrag mit dem Titel "Umsetzung der Ruhrgebietskonferenz des Bundeskanzlers - Haushaltspolitisches Sofortpro-

- gramm der Landesregierung" eingebracht. Ziel des Antrags war, die Landesregierung zur schnellen Vorlage eines Nachtragshaushalts anzuhalten und im übrigen für das Parlament einen umfassenden Bericht über die Aktivitäten der Landesregierung zur Umsetzung dieser Konferenz zu verlangen. Auch dieser Vorgang dokumentiert, daß die CDU im Interesse der Menschen im Ruhrgebiet an einer schnellen und wirksamen Umsetzung der Ruhrgebietskonferenz hochgradig interessiert ist. (C)

(Zustimmung bei der CDU)

Die CDU weiß: Zeit ist für das Ruhrgebiet gleich Geld. Darum macht uns jeder Monat, der ungenutzt ins Land geht, ärgerlich und ungeduldiger.

(Zustimmung bei der CDU)

Diese Ungeduld in der Sache erlaubt es Regierung und Parlament jedoch nicht, für die Umsetzung die Suche nach dem besten Weg aufzugeben und haushaltsmäßig Operationen leichtfertig und teilweise mit falschen Fakten vorzunehmen. Ein Nachtragshaushalt mit dem Ziel der Realisierung der Ruhrgebietskonferenz wäre einfach und übersichtlich gewesen, wenn der Haushalt 1988, auf dem er ja aufzubauen hat, als feste Basis Bestand hätte und nur die Umschichtungen aus der Kanzlerrunde zu erfolgen hätten.

(Zustimmung bei der CDU)

- Bei gegebener Sachlage wären das rund 160 Millionen DM plus Resider-Programm und davon etwa 80 Millionen DM zugunsten des Bundes für wenige Monate vorfinanziert sowie 126 Millionen DM für Hochschulen - Resider - und die Region Aachen. Dies würde bedeuten, daß tatsächlich nach Abzug der Drittmittel eigene Landesmittel von 143 Millionen DM zuzüglich 95 Millionen DM für wenige Monate vorfinanziert erforderlich wären. Aber auch bei einer angenommenen Vorfinanzierungszeit von sechs Monaten würden diese vorverauslagten Landesmittel allenfalls Zinsen in einer Größenordnung von um die 3 Millionen DM bedeuten. Ich erwähne das in diesem Zusammenhang, weil (D)

immer gesagt wird, Bonn tue zur Zeit nichts und das Land müsse die schwere Last der Vorfinanzierung übernehmen. Dann wird mit 80 Millionen DM herumoperiert. - Dabei geht es lediglich um einen sehr geringen Zinsvorteil.

(Westermann (SPD): Dann kann der Bund doch auch vorfinanzieren!)

(Schauerte (CDU))

- (A) - Richtig, ich beklage auch, daß er es nicht tut. Nur machen Sie aus dieser Mücke bitte keinen Elefanten in der politischen Auseinandersetzung! Das ist doch der Punkt. - Durch diese mögliche einfache überschaubare und ehrliche Rechnung machte jedoch der unseriöse Haushalt 1988 einen Strich. Der neue Finanzminister Schleußer muß hier auslöffeln, was Herr Minister Posser insbesondere im Bereich ZIM unter Verletzung von Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit eingebrockt hatte.

(Zustimmung bei der CDU)

Herr Schleußer, Sie selbst wissen es ganz genau! Ihr Amtsvorgänger hatte 500 Millionen DM eines neuen Programms eingestellt, ohne jedwede Berechtigung 333 Millionen DM als Einnahmen von Bonn in diesen Haushalt eingebaut. Daß dies nicht seriös war, war allen Beteiligten mindestens seit Oktober 1987 bekannt, da Bonn bereits zu diesem Zeitpunkt unmißverständlich erklärt hatte, daß es diesen Weg des ZIM-Programms nicht gehen würde. Damit hatte der Haushalt 1988 ein Finanzierungsloch von 333 Millionen DM. F.D.P. und CDU haben auf dieses Finanzierungsloch bzw. den unseriösen Versuch, es zu schließen, rechtzeitig hingewiesen. Auch Professor Farthmann hat das erkannt, Minister Jochimsen hat das erkannt, Herr Schnoor hat das erkannt; denn sie haben im Oktober/November letzten Jahres gesagt: Wenn Bonn nicht finanziert, finanzieren wir diese 500 Millionen DM aus eigenen Mitteln allein.

- (B) Wegen dieser nicht abgestimmten Ankündigungen gab es peinliche Verlegenheiten im Kabinett. Mit der Vorlage des Nachtragshaushalts sind nun die drei genannten Herren blamiert. Denn aus den ursprünglich 500 Millionen DM, die die Landesregierung für ZIM noch alleine finanzieren wollte, strich sie ausweislich Ihrer Zahlen, Herr Schleußer, 256 Millionen DM, so daß von den 500 Millionen DM für ZIM lediglich 243 Millionen DM übriggeblieben sind. Das ist die bittere Wahrheit über das Programm ZIM.

(Zustimmung bei der CDU)

Damit ergibt sich folgende Faktenlage: Lesen Sie einmal die letzte Seite des Entwurfs zum Nachtragshaushaltsgesetz, Herr Jochimsen, darin steht es exakt saldiert. Gucken Sie doch einmal hinein, vielleicht haben Sie die vorletzte Seite bis heute noch nicht gefunden.

(Henning (SPD): Er heißt doch nicht Schauerte!)

Damit ergibt sich folgende Faktenlage - das ist schon ein sehr bedenkenswerter Punkt:

Wenn man das eigentliche Ruhrgebietsprogramm der Kanzlerrunde mit 160 Millionen DM zu dem verbliebenden ZIM-Programm von 243 Millionen DM addiert, ergibt dies einen Gesamtbetrag von rund 400 Millionen DM. Ohne die Kanzlerrunde stand bereits im Haushalt 1988 für das ZIM-Programm allein ein Betrag von 500 Millionen DM.

(C)

Das bedeutet, daß die Kanzlerrunde aufgrund der Haushaltskunststücke des Landes tatsächlich nicht zu einer Ausweitung der Hilfe für das Ruhrgebiet geführt hat. Durch die Haushaltsversäumnisse der Landesregierung auf der einen Seite und die vollmundigen Versprechungen auf der anderen Seite haben wir den Zustand zu beklagen, daß die Landesregierung mit dem Nachtrag die Kanzlerrunde praktisch unterläuft.

Sie, Herr Ministerpräsident Rau, und Sie, Herr Finanzminister Schleußer, tun nach dem 24. Februar 1988 unter dem Strich weniger, als Sie vor der Kanzlerrunde versprochen haben. Das ist ein schlimmer Zustand, für den Sie noch Rede und Antwort stehen müssen. Dieser schlimme Tatbestand erklärt auch das eigenartig widersprüchliche Bild, das sich aus folgenden Eckdaten ergibt:

Nach diesem Nachtragshaushalt erhöht sich das Volumen des Haushalts um 56 Millionen DM. Die Neuverschuldung soll jedoch um 403 Millionen DM steigen. Allein diese kleine Gegenüberstellung beweist, daß mit der Neuverschuldung nicht neue Aufgaben finanziert, sondern alte, von der Opposition im Haushalt 1988 angegriffene Löcher gestopft werden.

(D)

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Herr Schleußer, das sind bittere Wahrheiten, die Sie bisher unterdrückt und geschönt haben. Da Sie jedoch auch in der Vergangenheit als finanzpolitischer Sprecher bei der Umsetzung und der Entwicklung dieser Daten mitgewirkt haben, dürfen wir Ihnen diese auch heute schon als in Ihre Verantwortung fallend anlasten.

Losgelöst von diesem mehr als ärgerlichen Befund ist für die CDU die Frage einer Erhöhung der Neuverschuldung um 403 Millionen DM auf dann 6,06 Milliarden DM der zentrale Punkt. Mit den von Ihnen beabsichtigten 403 Millionen DM zusätzlichen Schulden werden wir noch im Haushaltsjahr 1988 die 100-Milliarden-DM-Grenze überschreiten. Wir werden dann planmäßig am 31. Dezember 1988 100,128 Milliarden DM Schulden im Lande Nordrhein-Westfalen haben.

(Schauerte (CDU))

- (A) Nun ist zwar eine Zahl von 100 Milliarden DM keine Grenze in Beton; aber es ist eine Zahl, die uns aufwühlen muß. Es ist eine Zahl, die eine neue Nachdenklichkeit über den Weg der Verschuldung des Landes erfordert.

(Westermann (SPD): Denkt man auch beim Bund darüber nach?)

- Genau! Auch dieser Zustand ist beklagenswert, Herr Westermann; nur, das entbindet uns nicht im geringsten davon, im eigenen Bereich alles zu tun, damit die erschreckend hohe Verschuldung nicht weiter explosionsartig zunimmt.

(Zustimmung bei der CDU)

Nun kann man sich auf den Standpunkt stellen, Herr Schleißer - und das tun Sie wohl und Ihre Freunde in der SPD ebenfalls, wenn ich gerade die Bemerkung von Herrn Westermann höre -: 403 Millionen DM neue Schulden sind doch gemessen an der Gesamtverschuldung gar nicht so viel.

(Dr. Pohl (CDU): Da hat er auch wieder recht.)

- Rein statistisch haben Sie recht; trotzdem ist ein solches Denken unverantwortlich.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

- (B) Sind wir uns eigentlich nicht mehr im klaren darüber, was es heißt, 403 Millionen DM neue Schulden zu machen? Vielleicht, Herr Westermann, verdeutlicht ein kleines Beispiel die Dramatik, die in solchen Zahlen steckt.

Wenn wir einmal annehmen, daß wir diese neuen Schulden von um die 400 Millionen DM, wenn wir im Lande Nordrhein-Westfalen einmal in die glückliche Situation kämen, sie zurückzahlen zu können, als jüngste Schulden auch zuletzt zurückzahlen würden - vorher hätten wir ja bereits 100 Milliarden DM zu tilgen -, dann ist es sicherlich schon sehr optimistisch anzunehmen, daß uns das vielleicht in zwanzig Jahren ereilen würde, daß wir die heute aufzunehmenden neuen Schulden von 400 Millionen DM in zwanzig Jahren zurückzahlen könnten.

Vorausgesetzt, wir vermieden jede Neuverschuldung, und vorausgesetzt, wir zahlten jedes Jahr 5 Milliarden DM zusätzlich zurück, wären wir nach zwanzig Jahren dabei, diese 400 Millionen DM zurückzuzahlen. Nur hätten wir in der Zwischenzeit auf diese 400 Millionen DM bei einem angenommen günstigen Zinssatz von 6 % weitere 500 Millionen DM an Zinsen draufgesattelt. So teuer ist die

- (C) Nettoneuverschuldung von 403 Millionen DM, die hier leichtfertig aufgenommen wird, für die Zukunft unseres Landes.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Deshalb müssen wir darum ringen, ob das nötig oder ob das vermeidbar ist.

(Westermann (SPD): Rechnen Sie das einmal für 10 Milliarden DM bei Stoltenberg!)

- Das wird dann alles noch viel schlimmer; aber es zeigt wieder einmal, Herr Westermann: Sie wollen oder können die Dramatik unserer Verschuldungslage nicht begreifen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Dieses kleine Beispiel zeigt vielleicht noch einmal eindringlich, daß der bequeme Weg neuer Schulden ein folgenschwerer Irrweg ist. Wir warnen den neuen Finanzminister zu Beginn seiner Amtszeit eindringlich, diesen Weg weiterhin leichtfertig zu beschreiten.

Uns würde für die weitere Beratung, die ja nun nur sehr kurz sein kann, einmal interessieren, Herr Schleißer: Welche Überlegungen und Anstrengungen haben Sie denn unternommen, um nicht über den bequemen und bekannten Weg der Neuverschuldung zu gehen, sondern um tatsächlich nachzusehen, was Sie aus Ihrem Haushalt und den jetzt vorliegenden neuen Erkenntnissen erwirtschaften können?

(Beifall bei der CDU)

Dazu haben Sie nichts vorgetragen. Sie haben lediglich Gedanken der Union abgelehnt. Sie haben also offensichtlich Ihre geistige Kapazität darauf verschwenden lassen oder verschwendet, zu begründen, warum das, was wir vorschlagen, Unsinn ist; aber Sie haben nicht im Ansatz einmal selbst gesagt, wo wir noch etwas unternehmen können, um eine solche Neuverschuldung zu vermeiden.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Wir müssen leider annehmen - und Herr Westermann ist ein getreuer Zeuge für die Richtigkeit dieser Annahme -, daß man im Schatten der aus anderen Gründen erfolgten, aber darum nicht minder schwerwiegenden Neuverschuldung in Bonn hier nun auf breites Verständnis zu hoffen glaubt, wenn man den bequemen Weg weiterer neuer Schulden geht. Das ist ein unverantwortlicher Weg. Solche strategischen Spiele und Gedanken

(Schauerte (CDU))

- (A) sind angesichts der langfristigen Konsequenzen neuer Schulden nicht mehr zu akzeptieren.

(Zustimmung bei der CDU)

Die CDU-Landtagsfraktion ist sicher, daß die in diesem Nachtragshaushalt geregelten Sachverhalte, denen wir bis auf die Personalvermehrung und einige wenige Kleinigkeiten, auf die ich jetzt nicht eingehen will, zustimmen können, ohne Erhöhung der Neuverschuldung seriös finanziert werden können. Die CDU-Fraktion wird zur zweiten Lesung und auch morgen schon im Haushalts- und Finanzausschuß entsprechende Anträge stellen und Vorschläge unterbreiten. Schon jetzt gebe ich folgende Eckpunkte bekannt:

Erstens: Wir schlagen Kürzungen im Haushalt von 200 Millionen DM vor. Davon entfallen 73 Millionen DM auf die sächlichen Ausgaben. Nach dieser durchgeführten Kürzung von 73 Millionen DM stehen bei den sächlichen Verwaltungsausgaben im engeren Sinne - das sind ungefähr 2,8 Milliarden DM - immer noch 12 % mehr zur Verfügung, als im Jahre 1987 verausgabt worden sind.

Wir sind der Meinung, daß ein Zuwachs von 12 % der Ist-Zahlen von 1987 auf 1988 eine stattliche Rate ist. Damit muß der Landeshaushalt auskommen, und deswegen sind 73 Millionen DM hier seriös zu finanzieren.

(Beifall bei der CDU)

(B)

Bei den Personalausgaben in allen Einzelplänen sollen 130 Millionen DM eingespart werden. Der dann erreichte Ansatz in Höhe von 24,221 Milliarden DM für die gesamten Personalausgaben ist immer noch ausreichend bemessen. Ich darf daran erinnern, daß wir im letzten Jahr im Personalhaushalt einen Überschuß von 127 Millionen DM hatten.

(Henning (SPD): Weiß Herr Reul das, was Sie wollen?)

- Ja, der weiß das.

(Henning (SPD): Prima!)

Ich darf daran erinnern, daß beim Abschluß des öffentlichen Tarifvertrags hier eine Besserstellung gegenüber den Daten des Landeshaushalts erfolgt, so daß auch dieser Betrag von 130 Millionen DM ohne weiteres zu veranschlagen ist.

Beide Kürzungen müssen als globale Minder Ausgaben veranschlagt werden, da es in der Kürze der Zeit nicht möglich ist - das werden

Sie sicherlich zugeben -, den Betrag auf die einzelnen Haushaltsstellen aufzuteilen. (C) Ein schließlich dieser Anträge wären die globalen Minderausgaben dann bei insgesamt 482 Millionen DM. Dies erscheint nicht unrealistisch, wenn man bedenkt, daß wir im Haushaltsjahr 1987 768 Millionen DM erwirtschaftet haben.

Zweitens: Wir veranschlagen Steuermehreinnahmen unter Beachtung der Steuerschätzung Mai 1988 und der besonderen Entwicklung von Nordrhein-Westfalen von insgesamt 2,7 % statt angenommen 2,3 %. Damit ergibt sich für die zusätzlichen 0,4 % ein Mehr von 210 Millionen DM.

Herr Schleißer, lassen Sie uns doch kurz bei diesem Punkt verweilen! Das, was wir in der letzten Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses erleben mußten, nämlich eine brutale Haltung der Verweigerung seitens der Landesregierung, dem Parlament und dem Finanzausschuß die notwendigen Daten und Erkenntnisse bezüglich der regionalisierten Steuerschätzung für das Land Nordrhein-Westfalen zu geben, war ein Skandal.

(Beifall bei der CDU - Henning (SPD): Das ist schlichtweg gelogen.)

Da Sie nicht anwesend sein konnten, Herr Schleißer, hatte ich die Hoffnung, daß es anders gelaufen wäre, wenn Sie dagewesen wären; aber wenn Sie hier so über diese Bemerkung lachen, wie Sie das gerade tun, dann muß ich annehmen, daß Sie genauso skandalös gehandelt hätten, wie das die Spitze Ihres Hauses an diesem Tage mit uns getan hat. (D)

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Uns werden die notwendigen Informationen vorenthalten, die wir brauchten, um realistisch einschätzen zu können, wie es denn im Lande Nordrhein-Westfalen finanzpolitisch weitergeht. Das werden wir nicht mehr akzeptieren!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Das Parlament und der Haushalts- und Finanzausschuß haben einen Anspruch darauf zu wissen, wie denn die veränderten Daten der Steuerschätzung liegen. Das dürfen Sie uns nicht länger vorenthalten! Ich wäre dankbar, wenn Sie uns einmal zeigten, auf welche Rechtsgrundlagen Sie Ihre verweigernde Haltung stützen. Es ist die grobe Mißachtung des berechtigten Interesses des Parlaments!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

(Schauerte (CDU))

- (A) Es ist einfach unerträglich, daß wir durch die ganze Bundesrepublik reisen müssen, um uns die Zahlen für Nordrhein-Westfalen zu besorgen, die uns dieser Finanzminister verweigert!

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Nachdem wir diese Rundreise durch die Bundesrepublik gemacht haben, sind wir zu dem Ergebnis gekommen, daß unsere erhöhten Einnahmen von 210 Millionen DM bei weitem noch unter dem liegen, was Sie bereits heute als Mehreinnahmen wissen, sich aber weigern, uns zu sagen.

Wir haben überlegt, Herr Schleißer, warum Sie in dieser Frage so mundfaul sind. Es gibt nur einen Grund: Die kräftig sprudelnden Steuereinnahmen des Landes Nordrhein-Westfalen in 1988, zum Zeitpunkt der Realisierung des zweiten Schritts der Steuerreform, passen Ihnen nicht in Ihre Kampagne gegen die von der Bundesregierung beschlossenen Steuersenkungen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Deswegen werden sie unter dem Teppich gehalten.

Ich brauche doch nicht darauf hinzuweisen, daß wir, gemessen am Vergleichszeitraum des Vorjahres, in den ersten Monaten tatsächlich 640 Millionen DM Mehreinnahmen haben. Ich brauche Sie doch nicht darauf hinzuweisen, daß Sie bereits wissen - und uns auch noch nicht gesagt haben! -, wie die Einnahmen des Monats Mai gewesen sind, wenn ich an die Sonderentwicklung im Vergleichszeitraum des Jahres 1987 denke.

(B)

Wir werden deswegen auch Wert darauf legen, Herr Schleißer, daß Sie es möglich machen, diesem Parlament noch vor Abschluß des Nachtragshaushalts die Steuer-Isteinnahmen des Monats Mai bekanntzugeben. Sie liegen bereits auf Ihrem Tisch, und wir erwarten, daß Sie sie uns morgen oder spätestens zur zweiten Lesung präsentieren.

Wir werden damit nachweisen können, daß unsere Prognose bezüglich der Steuerreform untertrieben ist und daß die Steuereinnahmentwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen noch deutlich besser sein wird, als wir es hier in unseren Deckungsantrag hineingeschrieben haben.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Die CDU will mit diesen seriösen Vorschlägen über die Art der Finanzierung auch errei-

chen - und, Herr Farthmann, darüber sollten Sie politisch noch einmal nachdenken -, daß das Ruhr-Programm auch psychologisch nicht mit neuen Schulden belastet wird. Wir lassen nicht zu, daß auf dem von der Landesregierung eingeschlagenen Weg das Ruhrgebiet als Entschuldigung für alte und neue Schulden erhalten muß.

(C)

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wir lassen das nicht zu, weil es nicht wahr ist und weil es nicht gut ist für die Ruhr. Nicht das Ruhrgebiet ist der Grund für die Schulden des Landes Nordrhein-Westfalen; der Grund sind die schweren Fehler der Wirtschafts- und Finanzpolitik der Landesregierung unter Johannes Rau, Finanzminister Posser - und hoffentlich nicht Finanzminister Schleißer! Aber wenn ich den Nachtragshaushalt und Ihre Deckungsvorschläge studiere, dann mache ich mir Sorge, ob wir Sie bei der nächsten Beratung nicht in diese Reihe eingliedern müssen, Herr Schleißer!

(Westermann (SPD): Und so was will Finanzminister werden!)

Herr Schleißer, wenn Sie diesen Weg weitergehen und unter dem Schild der Hilfsbereitschaft für das Ruhrgebiet die Schuldenpolitik fortsetzen, dann mißbrauchen Sie das Ruhrgebiet. Das hat das Ruhrgebiet nicht verdient.

Ich komme zum Schluß.

(Demonstrativer Beifall bei der SPD - Zurufe von der SPD)

(D)

- Wissen Sie: Ihnen geht das wirklich nicht unter die Haut, um was es hier geht.

(Mernizka (SPD): Ach, hör doch auf!)

Wir appellieren darum eindringlich an die Mehrheitsfraktion,

(Henning (SPD): Das geht wesentlich über Ihren Horizont!)

an Herrn Professor Farthmann, an Herrn Finanzminister Schleißer,

(Frey (SPD): Ruhrgebietsexperte Schauerte!)

daß unsere Finanzierungsvorschläge im Interesse des Ruhrgebiets neu überprüft werden müssen. Der Weg der Neuverschuldung darf nicht Ihr letztes Wort sein!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)



(Schauerte (CDU))

- (A) Die katastrophale Finanzlage des Landes bedrückt die Menschen im Ruhrgebiet genauso wie alle übrigen. Wir sollten deswegen nicht ein falsches Freund-Feind-Bild aufbauen, sondern gemeinsam versuchen, Lösungen zu finden. Die CDU sagt ohne Wenn und Aber ja zur Umsetzung des Ruhrgebiets-Programms des Bundeskanzlers. Sie will dieses Programm nicht mit neuen Schulden belasten.

Darum noch einmal unser Appell: Öffnen Sie sich unseren Vorschlägen! Lassen Sie uns gemeinsam neue Schulden vermeiden. Lassen Sie uns gemeinsam einen neuen Weg zur Finanzierung suchen. Die CDU ist dazu bereit.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Frau Vizepräsident Friebe: Für die Fraktion der F.D.P. erteile ich Herrn Abg. Dorn das Wort.

Dorn (F.D.P.): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In der Pressekonferenz am 19. Mai dieses Jahres hat Minister Schleißer noch einmal betont, daß die Landesregierung den Nachtragshaushalt am 8. Juni einbringen will und die dritte Lesung am 10. Juni stattfinden soll.

- (B) Ich war darüber sehr verwundert; denn in der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses, in der Herr Posser zum letztenmal als Finanzminister teilgenommen hat, habe ich diesem Zeitplan energisch widersprochen, weil für eine sachgerechte Entscheidung über die Vorlage die nach dem Plan der Landesregierung vorgesehene Zeit nicht ausreichen würde, wie ich im Detail geschildert habe. Ich habe damals verlangt, daß eine klare Aufschlüsselung der Mittel vorgelegt werden müsse. Darin sollten folgende Punkte berücksichtigt werden:

Erstens: die Realisierung der Beschlüsse der Montankonferenz sowie die Einigung von Kanzleramtsminister Schäuble und Staatssekretär Leister über die Beträge und Projekte; ich habe für diesen Bereich in Aussicht gestellt, daß die Komplementärmittel des Landes mit unserer Zustimmung eingesetzt werden können.

Zweitens: Wir haben gefordert, es müsse eine Festlegung der Beträge und der Einzelprojekte, die eine Förderung als Gemeinschaftsaufgabe erhalten sollen, erfolgen.

Drittens: Wir haben eine genaue Projektvorstellung und die Höhe der Beträge für die ZIM-Mittel aus dem Programm der Landesregierung verlangt.

- (C) Ich habe diese Aufschlüsselung nach der Höhe der Finanzierungshilfen und genauer Auflistung der Projekte auch dem neuen Finanzminister Schleißer kurz nach seiner Ernennung als Forderung meiner Fraktion vorgetragen, weil nur dann eine genaue Bewertung der Haushaltspositionen möglich sei.

Finanzminister Posser hat in der vorhin angesprochenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses meiner Argumentation zugestimmt und sie unterstützt. Auch Minister Schleißer hoffte, die Vorstellungen meiner Fraktion erfüllen zu können. Unser Fraktionsvorsitzender Achim Rohde hat dann eine Sondersitzung zur Einbringung des Nachtragshaushalts verlangt; insoweit konnten wir durch die Festsetzung der heutigen Sitzung unser Ziel für eine frist- und sachgerechte Beratung dieses Haushalts erreichen.

Wir Freien Demokraten haben in Aussicht gestellt, daß wir die Vorlage der Landesregierung in den ersten beiden der von mir gerade genannten Punkte unter den angeführten Voraussetzungen unterstützen werden. Damit können wir die Projekte finanzieren, über die sich die Herren Schäuble und Leister geeinigt haben und die in den Bereich der Gemeinschaftsaufgaben fallen. Da die Landesregierung aber eine Reihe von Fragen, deren Klärung Grundlage für unsere Bewertung ist, noch nicht beantwortet hat, müssen wir unsere endgültige Haltung zum Nachtragshaushalt davon abhängig machen, wie die Regierung in den Ausschußsitzungen ihre einzelnen Positionen morgen begründen wird.

Zu einigen Positionen möchte ich jedoch bereits heute Anmerkungen machen:

Im Rahmen des ursprünglichen Haushalts 1988 ist die erste Rate des ZIM-Programms mit einem Umfang von 500 Millionen DM veranschlagt, zusätzlich 20 Millionen DM Mittel für besondere Qualifizierungsmaßnahmen. Der Landesanteil bei ZIM sollte ein Drittel betragen, 166,7 Millionen DM. Der Veranschlagung dieser Mittel stand allerdings entgegen, daß im Einzelplan 14 bei Kapitel 14 020 Titel 892 20 eine Minderausgabe bei ZIM von 79 Millionen DM vorgesehen war. Danach sollten vom Land 186 Millionen DM minus 79 Millionen DM, tatsächlich also, Herr Minister, nur 107,7 Millionen DM in diesem Jahr aufgebracht werden. Demgegenüber will die Landesregierung nun zusätzliche 403 Millionen DM Kredite aufnehmen. Vor diesem Hintergrund ergeben sich folgende Fragen:

Wieviel von den ursprünglich veranschlagten 107 Millionen DM ist im ersten Halbjahr ei-

(Dorn (F.D.P.))

- (A) gentlich tatsächlich abgeflossen, und  
- zweitens - für welche Projekte?

(Beifall bei Abgeordneten der F.D.P.  
und der CDU)

Die Landesregierung hat dem Landtag wiederholt eine laufende Unterrichtung zugesichert. Wenn im zweiten Halbjahr allein aus ZIM noch dreimal mehr abfließen soll als im ersten Halbjahr, stellt sich dann auch die Frage: Gibt es eine Halde von bewilligungsreifen Anträgen, oder läßt der bisherige Mittelabfluß nicht vielmehr befürchten, daß der Landtag in erster Linie neue Reste produziert, weil nur ein Bruchteil des veranschlagten Volumens für bewilligungsfähige Projekte ausgeben werden kann?

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Hier ist der Wirtschaftsminister dieses Landes in besonderer Weise gefordert.

(Zustimmung des Abg. Schauerte (CDU))

Im Nachtragshaushalt aufgeführt sind Einzelmaßnahmen wie das Kleingeräte-Programm im Einzelplan 06 und Maßnahmen für Vertriebe im Einzelplan 07. Für die beiden Herzstücke des Nachtragshaushalts, die Landesmittel im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" von 160 Millionen und die Investitionszuweisungen an Gemeinden im Rahmen von ZIM - 243 Millionen DM -, stehen nach wie vor nur die Programme als "Hausnummern" fest. Es gibt überhaupt keinen einzigen konkreten Vorschlag, den die Landesregierung trotz Vorankündigung im Herbst des vergangenen Jahres bis heute dem Parlament auf den Tisch gelegt hätte.

(Zustimmung bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Der Landtag ist bislang über die Umsetzung der Ruhrgebietskonferenz nicht unterrichtet worden, geschweige denn wurde er laufend unterrichtet. Die Landesregierung verlangt dem Landtag damit im Grunde einen Blankoscheck ab.

(Dr. Pohl (CDU): Richtig!)

Der Überblick, welche Projekte sich hinter diesem Programm verstecken, wird auch dadurch erschwert, daß ein Teil der von der Landesregierung vorgelegten, sehr abstrakten Liste der ZIM-Projekte nach der Ruhrgebietskonferenz beim Bundeskanzler in die Gemeinschaftsaufgaben übernommen worden ist.

Das nährt den Verdacht, daß für ZIM nur Projekte übriggeblieben sind, die für den wirtschaftlichen Strukturwandel nichts bewirken werden. (C)

(Zustimmung bei Abgeordneten der F.D.P.)

Ob es sich nun tatsächlich um eine Zukunftsinitiative handelt, kann der Landtag anhand der dürftigen Informationen nicht beurteilen. Hier muß die Landesregierung nun unverzüglich dem Parlament alle Details zur Verfügung stellen.

Die Finanzierung des Nachtragshaushalts erfolgt nicht ausschließlich über Zusatzkredite. Außerdem sind da nämlich noch globale Minderausgaben von 109 Millionen DM auf jetzt 279 Millionen DM angehoben worden.

Dabei ergibt sich ein von der Haushaltstechnik her eigenartiger Vorgang: Die bisherige Minderausgabe bei ZIM von 79 Millionen DM wird nicht etwa durch Mehreinnahmen oder durch eine Kürzung aufgelöst, sondern durch eine Anhebung der globalen Minderausgaben. Das ist ein Verfahren, das es in der Praxis bis jetzt noch bei keiner Haushaltsberatung gegeben hat!

Wenn die Landesregierung, Herr Minister Schleißer, zur Jahresmitte einen Nachtragshaushalt einbringt, dann hätte sie sich auch um die konkrete Aussage bemühen müssen, wo im laufenden Haushalt noch Einsparungen möglich sind. (D)

(Zustimmung bei der F.D.P.)

Wenn jetzt Minderausgaben nicht mehr gezielt bei ZIM, sondern in allen Programmen erwirtschaftet werden müssen, dann bedeutet dies auch, daß alle anderen Regionen noch mehr für die Ruhr bluten müssen. Wir haben bisher schon kritisiert, daß über den Problemen der Montanregion die Probleme der anderen Landesteile zu sehr in den Hintergrund rücken. Der Nachtragshaushalt verschärft die Unausgewogenheit der regionalen Wirtschaftsförderung noch mehr, und zwar in erheblichem Maße; alle anderen bis jetzt vorgelegten Zahlen beweisen dies eindeutig, Herr Minister.

(Erneut Zustimmung bei der F.D.P.)

Im bisherigen Einzelplan 14 sind die veranschlagten globalen Minderausgaben als "Bodensatz" erläutert worden. Bei nunmehr 279 Millionen DM, meine Damen und Herren, kann man doch wohl nicht mehr von einem "Bodensatz" sprechen! Wir fragen daher die

(Dorn (F.D.P.))

- (A) Landesregierung: Droht nicht alsbald ein neuer Bewirtschaftungserlaß? Kann diese Steigerung der globalen Minderausgaben noch in einem halben Jahr erwirtschaftet werden? Wo werden Schwerpunkte liegen?

Im Einzelplan 07 sind für Vertriebene, Deutsche aus der DDR und Flüchtlinge Aufwendungen in einer Höhe von rund 26 Millionen DM vorgesehen. Auch uns ist bekannt, daß sich die Zahl der Aussiedler tatsächlich unvorhersehbar und drastisch erhöht hat. Deshalb haben wir keine Bedenken gegen die Aufnahme dieser Positionen in den Nachtragshaushalt.

Im Einzelplan 08 sind Personalkosten in Höhe von 180 000 DM vorgesehen. Wir meinen, Herr Minister, daß die Ruhrgebietskonferenz in ihren Ergebnissen ohne zusätzliches Personal umgesetzt werden kann,

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

vor allen Dingen dann, wenn endlich einmal konkrete Dinge auf den Tisch kommen und wenn mit etwas mehr Phantasie in Ihrem Hause gearbeitet würde, als das bisher erkennbar war.

In demselben Haushaltsplan befindet sich ein Sonderprogramm Aachen/Jülich im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe mit 30 Millionen DM. Auch hiergegen haben wir keine Einwendungen. Dieser Teil des Sonderprogramms ist im Haushalts- und Finanzausschuß bereits Ende des vergangenen Jahres vorgestellt und von allen drei Fraktionen akzeptiert worden. Von den veranschlagten 30 Millionen DM ist die Hälfte der Landesanteil, und 15 Millionen DM sind für die Vorfinanzierung des Bundesanteils in Aussicht genommen.

(B)

Zum Sonderprogramm Montanregionen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe sind im Etat des Wirtschaftsministers 160 Millionen DM ohne jede Konkretisierung vorgeschlagen worden. Bevor wir hierüber eine Entscheidung treffen können, sollte endlich der zuständige Minister die seit Monaten von ihm verlangten "Schularbeiten" machen.

(Westermann (SPD): Das ist doch Unsinn, was Sie da gesagt haben!)

Im Einzelplan 11 sind für den Bereich "Straßen- und Brückenbau" zusätzliche 30 Millionen DM für Entwurfs- und Planungsaufgaben vorgesehen, und zwar unter gleichzeitiger Erhöhung der globalen Minderausgabe für diesen Etat. Diese Art der Finanzierung der Entwurfs- und Planungsaufgaben für Straßen- und Brückenbau durch eine globale

Minderausgabe legt den Verdacht nahe, daß das Plus bei den Personalkosten durch ein Minus bei den Investitionen erwirtschaftet werden soll. Dies ist ein typischer Fall von Milchmädchenrechnung im Blick auf die Erledigung von Zukunftsaufgaben.

(C)

Ich möchte noch ein Wort zur Behandlung der Hochschulen in diesem Nachtragshaushalt der Landesregierung sagen. Vorgesehen ist der Erwerb von Kleingeräten für die Hochschulen im Betrage von 30 Millionen DM. Es ist nicht ersichtlich, wieso dieses Programm - das im übrigen weitgehend den Forderungen der F.D.P.-Fraktion entspricht - nicht bereits in den laufenden Haushalt 1988 aufgenommen worden ist. Unvorhersehbar war der Bedarf bei den Universitäten jedenfalls nicht. Das Programm mag prinzipiell zu begrüßen sein; unabweisbar dürften die Mehraufwendungen trotzdem nicht sein. Deshalb ist ihre Aufnahme in den Nachtragsetat haushaltsrechtlich mehr als fragwürdig. Außerdem, Herr Minister, könnte dieser Betrag durch die Minderausgaben 1987 im Hochschulbereich voll finanziert werden, besonders dann, wenn man daran denkt, daß allein bei den medizinischen Einrichtungen in Essen und Aachen gegenüber den Haushaltsansätzen 4 Millionen DM Mehreinnahmen aus Nebentätigkeiten im Jahre 1987 erzielt wurden.

Sodann sind Großgeräte für Hochschulen mit einer Summe von 30 Millionen DM im Nachtragshaushalt ausgewiesen: Es soll ein Großrechner gekauft werden, der in der TH Aachen installiert werden soll. Diese Maßnahmen mag von der Sache her sehr vernünftig sein; im ZIM jedenfalls segelt diese Maßnahme unter falscher Flagge. Der Rechner soll Aufgaben für alle nordrhein-westfälischen Hochschulen übernehmen, nicht etwa montanregion-spezifische Aufgaben. Daß der Rechner in Aachen steht, ist eher ein Zufall. Im übrigen kommen diese 30 Millionen DM zunächst und unmittelbar der Firma IBM und nicht den nordrhein-westfälischen Montanregionen zugute.

(D)

Korrekterweise müßte das Großrechnerprogramm - insgesamt 150 Millionen DM in fünf Jahren - in Einzelplan 06 veranschlagt werden. Daß dies nicht geschieht, ist ein weiteres typisches Merkmal für das totale Durcheinander sozialistischer Planung.

Dazu muß gleich noch ein weiteres Beispiel aus dem Gesetzentwurf der Landesregierung angeführt werden: Bereits am 18. Dezember 1987 habe ich mich anlässlich der dritten Lesung des Haushalts 1988 mit den grandiosen, weltumspannenden Plänen der Regierung Rau durch die Gründung des

(Dorn (F.D.P.))

- (A) Instituts "Arbeit und Technik" auseinander-gesetzt, nachdem die Regierung uns schon damals verkündet hatte, daß die Welt davon lernen würde, was hier entsteht. Schon in der Regierungserklärung des Ministerpräsi-denten 1985 kam dieses ominöse Institut vor, und seit dieser Zeit begleitet es uns bei jeder Haushaltsberatung wie das Ungeheuer von Loch Ness. So erklärte Minister Heinemann bereits am 15. Oktober 1986 - ich zitiere mit Genehmigung der Frau Präsidentin -:

1987 wird das Institut noch nicht das ganze Jahr arbeiten; aber es wird mit dem Kulturinstitut verklammert.

Im Haushalt waren entsprechende Mittel zur Inbetriebnahme der Institute vorgesehen. Staatssekretär Nelles erklärte im Ausschuß, 1988 gehe man von einem Betrag in Höhe von 2,8 Millionen DM aus.

In diesem Nachtragshaushalt erhält das Trauerspiel einen neuen Akt: Verpflichtungs-ermächtigung 10 Millionen DM zur Errichtung eines Dienstgebäudes für das Institut "Arbeit und Technik". Inzwischen haben wir der Presse entnommen, daß der Leiter dieses Instituts demnächst ernannt werden soll. Das Dienstgebäude steht ja noch nicht. Zweite Position: 10 Millionen DM Verpflichtungs-ermächtigung zur Instandsetzung eines Dienst-gebäudes für das Kulturwissenschaftliche Institut.

- (B) Aber Mittel für die Personalkosten sind seit Jahren im Haushalt vorhanden! Dazu kam bereits im vergangenen Jahr die Forderung der Regierung nach erheblichen finanziellen Verbesserungen für die vorgesehenen Stellen-inhaber. In der Stellenplankommission haben wir aber erfahren, daß überhaupt noch keine Stelle besetzt war, als die zusätzlichen Mittel für die Erhöhung der Gehälter verlangt wurden. Es wäre für uns interessant zu erfahren, ob die Stellen inzwischen besetzt sind. Oder, Herr Minister, muß der DGB noch immer die Gehälter für die hier vorge-sehene, einzustellenden, zu übernehmenden Mitarbeiter bezahlen? Wird es nun ein Institut, wie Mitglieder der Regierung im Parlament vortragen, oder werden es zwei Institute, wie man es nach diesem Nachtrag vermuten muß? Und schließlich die Frage: Welches Mitglied der Landesregierung infor-miert denn nun die Abgeordneten endlich einmal richtig?

In der Begründung des Gesetzentwurfs schreibt die Landesregierung:

Nach dem Inkrafttreten des Haushaltsge-setzes 1988 hat sich - insbesondere wegen

- des Sonderprogramms Zukunftsinitiative Montanregionen - die zwingende Notwen-digkeit von Ansatzänderungen im Haus-haltsplan ergeben. (C)

Herr Minister Schlußer hat das vorhin hier noch einmal zu begründen versucht. Meine Damen und Herren, hier wird die ganze Hilflosigkeit und Unfähigkeit der Landes-regierung durch ihre eigenen Aussagen doku-mentiert. Wenn die Ausgaben für Gemein-schaftsaufgaben und RESIDER ausgeklammert werden, hat sich das ZIM-Programm bei Tit. 883 63 um 256 Millionen DM reduziert.

Herr Finanzminister, Sie wollen unsere Zu-stimmung zur Erhöhung der Kredite um 403 Millionen DM und zusätzliche Verpflich-tungsermächtigungen in Höhe von 1 187,6 Mil-lionen DM. Lassen Sie mich dazu einige grundsätzliche Bemerkungen machen.

In der Zeit von Januar bis April 1988 hatte das Land bei den Steuern Mehreinnahmen von 644 Millionen DM, wie uns der Finanzminister selbst am 13. Mai schriftlich mitgeteilt hat. Wie man diese 644 Millionen DM Mehreinnahmen nun auf Null zusammenrechnen kann, das ist natürlich eine interessante Variante, die uns die Landesregierung hier vorlegt. Jeder Steuerzahler, der diesen Versuch unterneh-men würde, würde wegen Steuerhinterziehung mit massiven Strafen belegt werden müssen.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

- Die Landesregierung wäre gut beraten, erst einmal zwei Dinge sorgfältig zu prüfen. (D)  
Erstens: Da die Steuermehreinnahmen ent-gegen allen unglaublichen Prognosen der SPD so hoch sind, daß damit alle Vorhaben des Nachtragshaushalts finanziert werden können, sollte die Landesregierung uns erst einmal sagen, was sie mit den Steuermeh-reinnahmen machen will, bevor sie neue Schulden macht.

(Erneut Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Zweitens: Von den im Haushaltsjahr 1987 veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 7 Milliarden DM wurden Bewilli-gungen in Höhe von 5,5 Milliarden DM erteilt. Es bleibt also ein Rest von 1,5 Milliarden DM. Meine Damen und Herren von der SPD, das sind immerhin 300 Millionen DM mehr, als die Landesregierung jetzt im Gesetz als neue Verpflichtungsermächtigung fordert. Und es ist ja nicht uninteressant, daß uns Finanz-minister Posser in einer seiner letzten Aktionen die Zahlen auf den Tisch gelegt hat, wonach die Minderausgaben und die Haus-

(Dorn (F.D.P.))

- (A) haltsreste in den Haushaltsjahren 1986 und 1987 in jedem Jahr mehr als 1,5 Milliarden DM betragen haben, die die Landesregierung immer noch als fortlaufende Kreditermächtigung vor sich herträgt, ohne dafür finanzielle Gegenleistungen zu erbringen.

Meine Damen und Herren, Sie wollen die Zukunft gestalten und beherrschen nicht einmal die Grundrechenarten des kleinen Einmaleins.

(Zustimmung bei der F.D.P.)

Über die bei Ihnen nicht vorhandene Phantasie können wir uns schon nicht mehr beschweren. Denn bei Ihnen geht halt alles seinen geregelten sozialistischen Gang. Und das ist das Dilemma für unser Land und die Menschen, die darin wohnen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter. - Für die Fraktion der SPD hat nunmehr Herr Abg. Trinius das Wort.

Trinius (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Für die Fraktion der SPD begrüße ich die Einbringung des Nachtragshaushalts durch die Landesregierung. Wir sehen darin eine reelle Chance, die reichhaltigen Kräfte in unserem Land Nordrhein-Westfalen zu ermuntern, den Strukturwandel und die ökonomische und ökologische Erneuerung des Landes Nordrhein-Westfalen zu bewältigen.

(B)

(Zustimmung bei der SPD)

Denn Nordrhein-Westfalen - das wird durch ein Urteil des Geschäftsführers der Einrichtung ZENIT in Mülheim, übrigens ein Parteifreund der Freien Demokraten, bestätigt - wird bestimmt durch eine industrieerfahrene Arbeitnehmerschaft - das ist ein außerordentlich wichtiges Potential -, von denen heute viele keine Arbeit haben. Aber sie haben alle gelernt, für Untertage und am Hochofen verlässliche Arbeit zu leisten. Wir haben eine hochqualifizierte Schar von Absolventen der Berufsschulen. Wir haben ein hohes wissenschaftliches und technisches Potential an unseren Hochschulen und unseren Fachhochschulen. Unsere Berufsschulen im Revier leisten hervorragende Arbeit. Dies erklärt auch, weshalb so viele Firmen aus Süddeutschland Arbeitskräfte aus Nordrhein-Westfalen zu gewinnen versuchen.

(Lachen des Abg. Schauerte (CDU))

Wir haben leistungsfähige mittelständische Unternehmen, die eine Vielzahl von neuen

technischen Entwicklungen auf den Markt bringen und in vielen Fällen auch schon führende Positionen auf dem Weltmarkt erobert haben. Wir haben aufgeschlossene Gewerkschaften und für neue Techniken aufgeschlossene Industrie- und Handelskammern. Und wir haben Kommunen, die mit Planungen, aber mit wenig Geld an Zukunftsaufgaben herangehen wollen, um die Probleme, vor denen sie stehen, zu lösen.

(C)

Mit dem Nachtragshaushalt schaffen wir materielle Grundlagen, um die Erwartungen und die Schaffenskraft unserer Bürger im Lande auf eine gesicherte Grundlage zu stellen. Der Sinn des Nachtragshaushalts besteht darin, Raum zur Entfaltung all dieser Kräfte zu schaffen. Und ich sage dazu: Dies tun wir unter besonders schwierigen Bedingungen. Erstmals fallen der Strukturwandel in der Kohle und der Strukturwandel im Stahl zusammen. Wir halten uns hier an die Frankfurter Vereinbarung. Sie haben eben hier die Verpflichtungsermächtigungen beschworen. Mit Verpflichtungsermächtigungen wollen wir die Voraussetzungen dafür schaffen, daß wir die Frankfurter Vereinbarung für den Stahlbereich im nächsten Jahr einlösen können.

Zugleich nehmen wir einen Strukturwandel zur Kenntnis, der über die Europäische Gemeinschaft in der Landwirtschaft vorbereitet wird. Auch dafür stellen wir zwar nicht Barmittel, aber Verpflichtungsermächtigungen bereit.

Gleiches gilt für unsere Bereitschaft, in den Kommunen die Infrastruktur zu fördern. Wir appellieren aber auch an die gewerbliche Wirtschaft, zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen, wie es sich in vorbildlicher Weise zum Beispiel der Eschweiler Bergwerks-Verein im Aachener Revier vorgenommen hat.

(D)

Kräfte, die die Erneuerung und Modernisierung unseres Landes bewältigen können, finden wir auch in den Hochschulen - daher die Bereitstellung zusätzlicher Mittel in Höhe von 60 Millionen DM für diesen Bereich.

Wenn wir es in Nordrhein-Westfalen mit einer verlässlichen, industrieerfahrenen, für neue Technologien aufgeschlossenen Arbeitnehmerschaft zu tun haben, dann macht es auch Sinn, ein Institut "Arbeit und Technik" zu gründen; denn ohne Arbeit werden neue Technologien keine Grundlage haben. Und neue Technologien müssen von der Arbeitnehmerschaft, die damit umgehen soll und von ihnen betroffen sein wird, angenommen werden.

Ich weise ferner auf die Absicht hin, ein Bodenschutzzentrum zu errichten. Wenn Sie

(Trinius (SPD))

- (A) eine der letzten Ausgaben des Bonner "Energieports" aufschlagen, werden Sie dort als Schlagzeile finden: Es tickt eine Zeitbombe - Gift im Boden. Sie alle wissen, wie weit vorn nicht nur in der Bundesrepublik, sondern auch europaweit Nordrhein-Westfalen mit seinen Bodenuntersuchungen und neuen Technologien zur Sanierung von Altlasten und belasteten Böden liegt.

Nun haben wir im Landtag am 25.3.1987 gemeinsam eine Entschließung eingebracht und sie hier gemeinsam verabschiedet. Deswegen verstehe ich nicht, Herr Kollege Schauerte, daß Sie davon sprechen können, die Landesregierung habe in den Haushalt 1988 333 Millionen DM als Einnahme von seiten des Bundes ohne jede Berechtigung eingestellt. Sie sollten sich an das erinnern, was wir am 25. März 1987 beschlossen haben; da heißt es:

Der Landtag fordert, daß der Gleichbehandlungsbeschluß, den der Bund und alle Länder am 5. November 1986 gefaßt haben, unverzüglich zu einer Einbeziehung von Montanregionen in die Gemeinschaftsaufgabe "Regionale Wirtschaftsförderung" führt.

Alle Fraktionen des Landtags forderten damals die unverzügliche Umsetzung und Einlösung dieses Beschlusses. Das bedeutet, mit Nordrhein-Westfalen und den Montanregionen auch außerhalb Nordrhein-Westfalens so zu verfahren wie mit den Küstenregionen und den Werftenregionen. Das hieß: Zweidrittelbeteiligung des Bundes, Drittelbeteiligung des Landes.

(B)

Wenn Sie sagen, hier habe es an einer Berechtigung gefehlt, dann verabschieden Sie sich von dem einstimmig gefaßten Beschluß des Landtags; denn der war die Grundlage dafür, 333 Millionen DM als Einnahme vom Bund zu veranschlagen.

Es ist richtig: Wir haben das nicht erreicht. Im übrigen fehlen uns 62 Millionen DM Bundesergänzungszuweisungen, die wir erwartet hatten. Es gibt neue, gesicherte Berechnungsgrundlagen. Damit fallen diese Mittel weg.

(Zuruf des Abg. Schauerte (CDU))

Aber, Herr Kollege Schauerte, damit ist auch sofort verständlich: Wenn wir das erreichen wollen, wovon ich gesprochen habe, dann müssen Sie diese Einnahmeseite, die insoweit zusammengebrochen ist, in anderer Weise auffüllen.

(Zustimmung bei der SPD)

Dazu sagen wir: Da ist uns das Ruhrgebiet, da ist uns die Aachener Region, da sind uns die Landwirte, da sind uns die Asylanten und da sind uns die Kommunen zusätzliche 400 Millionen DM Nettokreditverschuldung wirklich wert!

(C)

(Beifall bei der SPD)

Sie, Herr Kollege Schauerte, haben eine ganz andere Deckung vorgeschlagen. Sie haben eine Erhöhung der globalen Minderausgabe auf 482 Millionen DM vorgeschlagen, indem Sie bei den sächlichen und den personellen Ausgaben kürzen wollen. Herr Kollege Schauerte, können Sie sich noch erinnern,

(Schauerte (CDU): Nein!)

welches Gezeter Sie vor anderthalb Jahren angestellt haben, als die globale Minderausgabe zur Deckung des Haushalts eingesetzt worden war, wie Sie das für ein ganz und gar unsoliden Finanzierungsinstrument erklärt haben?

(Schauerte (CDU): Machen Sie das doch einmal anders!)

- Herr Kollege Schauerte, wenn der Finanzminister damals eine globale Minderausgabe von 700 Millionen DM ausbrachte und Sie eine globale Minderausgabe von 500 Millionen DM ausbringen wollen, dann sagen Sie mir einmal: Wo ist der Unterschied - außer in dem Subjekt, das den Vorschlag macht?

(D)

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie glauben, das alles mit einer globalen Minderausgabe decken zu können, Herr Kollege Schauerte: Wie sieht es denn dann mit der Ausgabenentwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen aus?

(Schauerte (CDU): Hervorragend!)

Ist Ihnen nicht bekannt, Herr Kollege, daß von 1981 bis 1987 der durchschnittliche Ausgabenzuwachs des Landes Nordrhein-Westfalen jährlich 2,2 % betragen hat? Ist Ihnen nicht bekannt, daß damit der Ausgabenzuwachs Nordrhein-Westfalens am niedrigsten von allen Flächenländern liegt? Wollen Sie nicht zur Kenntnis nehmen, daß wir schon an der Grenze der Anspannungsmöglichkeiten bei der Ausgabendisziplinierung und -kürzung angelangt sind?

(Schauerte (CDU): Sie können noch viel mehr!)

Schlagen Sie uns denn nicht bei allen Haushaltsberatungen vor, an welchen Stellen wir

(Trinius (SPD))

- (A) überall noch erhöhen müssen? Und jetzt flüchten Sie sich in genau die globale Minderausgabe, die Sie sonst als haushaltspolitisch unehrlich, als unwahr, als unsauber öffentlich diskriminieren! Das kann keiner verstehen.

(Beifall bei der SPD - Schauerte (CDU):  
Nein, nein! So einfach ist das nicht!)

Dann sagen Sie, Herr Kollege Schauerte, nun wollten Sie die Einnahmenseite von 2,3 % auf 2,7 % erhöhen. Haben Sie denn vergessen, daß wir alle Wert darauf legen müssen, daß auch die Einnahmenseite sehr nüchtern geschätzt werden muß? Haben Sie unsere über Jahre gemachte Erfahrung vergessen, daß über die wirklichen Einnahmen der Dezember als der wesentliche Steuereinnahmemonat entscheidet? Sind wir da nicht schon wider Erwarten in den Keller gegangen? Wir haben zu unserer Freude gelegentlich auch im Dezember die Erfahrung gemacht, daß durch höhere Dezember-Einnahmen die Einnahmenseite dann am Ende tatsächlich solide war.

Aber wollen Sie den Finanzminister wirklich veranlassen, willkürlich nach oben zu schätzen?

(Schauerte (CDU): Wieso willkürlich?)

- (B) Dann sagen Sie, Sie wollten auf keinen Fall neue Schulden machen. Dieses Rezept haben Sie sich beim Bund geholt. Wenn Sie keine neuen Schulden machen wollen, dann bleibt Ihnen nichts anderes übrig, als die Verpflichtungsermächtigung zu erhöhen, und dann schieben Sie den Nachtragshaushalt und dessen Realisierung aus dem Jahre 1988 hinaus in das Jahr 1989; nach diesem Prinzip verfährt der Bund.

(Zustimmung bei der SPD)

Das alles wollen wir nicht; Ihren Satz "Zeit ist Geld" nehmen wir ernst. Es kommt darauf an, daß wir unmittelbar nach Verabschiedung dieses Nachtragshaushalts zur Realisierung der Projekte gelangen. Darauf kommt es wirklich an.

An folgendes muß man Sie wohl erinnern: Das ganze Programm - egal, welche Bestandteile man nimmt - umfaßt 520 Millionen DM, die vom Land im Jahre 1988 fast vollständig bar bezahlt werden. 33 Millionen DM kommen von der Europäischen Gemeinschaft, 487 Millionen DM sind Barmittel des Landes Nordrhein-Westfalen, von denen 80 Millionen DM für den Bund vorfinanziert werden.

(Schauerte (CDU): 15 Millionen für Hochschulen!)

(C) Wir haben die feste Zusage des Bundes, daß er über Verpflichtungsermächtigungen 1989 bar nachschießen wird.

Wenn wir heute für den Bund in Vorfinanzierung treten, dann doch wohl deshalb, weil wir wissen, "Zeit ist wirklich Geld", und weil wir wissen, daß wir zum frühestmöglichen Zeitpunkt beginnen müssen. Ich möchte wissen, was Sie, Herr Kollege Schauerte, den Kommunen, die mit Schwierigkeiten bei den Asylanten und Aussiedlern zu tun haben, was Sie den Landwirten, den Kommunen an Rhein und Ruhr sagen werden, wenn auch Sie - in Orientierung am Bund und nicht im Interesse unseres Landes - diese Ausgaben, diese Mittel um ein Jahr schieben. Das ist Ihre wirkliche Alternative.

(D) Die Konferenz der Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktionen hat sich mit den Interessen des Landes Nordrhein-Westfalen solidarisch erklärt. Wir werden den Gesetzentwurf zu Artikel 104 a Abs. 4 des Grundgesetzes weiter verfolgen, der in den Bundesrat eingebracht worden ist und der eine Zweidrittelbeteiligung des Bundes an der Gemeinschaftsaufgabe vorsieht. Wenn Sie noch einmal daran denken, Herr Kollege Schauerte, daß der Landtag gefordert hat, den Gleichbehandlungsbeschluß, der 1986 gefaßt worden ist, umzusetzen, dann müßten Sie auch hier erklären, daß Sie die Landesregierung bei ihrem Bemühen, Mittel des Bundes im Rahmen des Artikels 104 a Abs. 4 GG zu bekommen, jetzt und künftig unterstützen werden. Diese klare Aussage brauchen wir.

Die Fraktionsvorsitzenden der SPD sind auch der Auffassung, daß wir an die großen Unternehmen appellieren sollen, Tochtergesellschaften zu gründen, die in den Montanregionen neue Arbeitsplätze schaffen können. Das würde bedeuten, das Modell des Eschweiler Bergwerks-Vereins aus Aachen/Jülich im Revier nachzuahmen.

Wir sind ferner der Auffassung, daß die Vergabe von Krediten durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau so organisiert werden muß, daß diese Kredite nicht nur in die finanzstarken Kommunen gehen, sondern daß durch besondere Montanregelungen erreicht wird, daß die durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau vergebenen Kredite gerade in die finanzschwachen Gemeinden fließen können, weil sie dort am allermeisten gebraucht werden.

(Dr. Linssen (CDU): Das haben wir doch gerade getan!)

Lassen Sie mich abschließend sagen: Wir sind gewiß, daß Nordrhein-Westfalen die Menschen

(Trinius (SPD))

- (A) hat, die den Strukturwandel hervorbringen können und hervorbringen werden. Sie warten darauf, daß sie mit ihrer Schaffenskraft nicht arbeitslos sind, sondern im Interesse unseres Landes wieder sinnvolle Arbeit bekommen können. Mit diesem Nachtragshaushalt schaffen wir materielle Grundlagen zur Erfüllung dieser Erwartungen und die Schaffung von Gestaltungsmöglichkeiten für die Bürger und Bürgerinnen in den Montanregionen des Landes.

(C)

Wir begrüßen die Einbringung des Haushalts und werden ihn im einzelnen in den Ausschüssen beraten.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

- (B) Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Gesetzentwurfs an den Haushalts- und Finanzausschuß - federführend - und an den Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie. Ich darf Sie darauf hinweisen, daß im Ältestenrat vereinbart worden ist - die entsprechenden Einladungen sind inzwischen herausgegangen -, die Fraktionssprecher der übrigen betroffenen Fachausschüsse zu der gemeinsamen Beratung der beiden obengenannten Ausschüsse, die für morgen, 12.00 Uhr, hier im Plenarsaal vorgesehen ist, einzuladen. Wer mit der Überweisung und dem soeben erläuterten Verfahren einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön! Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Es ist so beschlossen.

(D)

Meine Damen und Herren, ich darf bei dieser Gelegenheit noch darauf hinweisen, daß die zweite Lesung des Gesetzentwurfs für Mittwoch, 8. Juni, und die dritte Lesung für Freitag, 10. Juni 1988, vorgesehen sind.

Damit sind wir am Ende unserer heutigen Sitzung. Die nächsten Sitzungen finden am Mittwoch, Donnerstag und Freitag dieser Woche statt.

Ich wünsche Ihnen eine gute Heimfahrt. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß: 15.34 Uhr

Ausgegeben: 13. Juni 1988

Die Veröffentlichungen des Landtags sind fortlaufend oder auch einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 4000 Düsseldorf 1, Postfach 1143, Telefon (02 11) 88 44 38, zu beziehen.